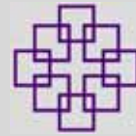


Vortrag

des Kirchenpräsidenten der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau



Pfarrer Prof. Dr. Peter Steinacker
gehalten vor der Frz.-reformierten Gemeinde in
Frankfurt

19. Februar 1997

„Kirchen und Schulen – Profil der Kirche in der Schullandschaft“

„Kirchen und Schulen - Profil der Kirche in der Schullandschaft“. Wenn ich mich dazu äußere, muß ich zugleich sagen, daß ich von Religionspädagogik, außer, daß ich Konfirmandenunterricht mit Leib und Seele und gerne gemacht habe, im Grunde wenig verstehe. Ich äußere mich hier also wirklich als Dilettant im klassischen Sinne: Ich liebe dieses Handlungsfeld der Kirche sehr und halte es für unverzichtbar. Aber ich bin kein in dem Sinn Sachverständiger, wie sicher die anderen Referenten, die Sie eingeladen haben. Aber manchmal ist es auch gut, wenn jemand, der nicht direkt vom Fach ist, sich dazu auch einmal äußert. Vielleicht gibt es einige Gedanken, die dann die Menschen, die vom Fach sind, anregen. Oder die Fachleute können mich dann auch mit ihren Argumenten eines besseren belehren.

„Profil der Kirche in der Schullandschaft“ - der Titel meines Vortrages enthält das Wort Landschaft, Schullandschaft, und ich glaube, sowohl das Wort wie das damit verbundene Bild sind zutreffend. So wie es in jeder Landschaft verschiedene Sektoren, verschiedene Erscheinungsformen, gibt, z.B. also Wälder, Felder, freistehende Bäume, Wiesen, Häuser, Kirchtürme, Stromleitungen u.a., so gibt es auch in unserem Land nicht einfach „die“ Schule, sondern es gibt sehr viele verschiedene Erscheinungsformen und Typen von Schulen. In dieser Landschaft kommt die Kirche durchaus auch in vielfältiger Form vor. An der staatlichen Regelschule z.B. in Form des konfessionellen Religionsunterrichtes, in dem, grundgesetzlich abgesichert, die positive Religionsfreiheit der Eltern wahrgenommen wird. Er ist zwar konfessionell

gestaltet, aber grundsätzlich eine staatliche Aufgabe. Daher kommt die Kirche im Religionsunterricht nur indirekt vor, insofern der Religionsunterricht und seine ordnungsgemäße Organisation, die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen, also Ausbildung von Religionslehrerinnen und Religionslehrern an staatlichen Universitäten usw., eine staatliche Aufgabe ist. Die kürzlich erschienene Denkschrift „Identität und Verständigung“ begründet dies aus dem Integrations- und Verständigungserfordernis pluraler Gesellschaften: „Der Sinn des Religionsunterrichtes ergibt sich aus zwei Perspektiven. Aus der Sicht der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Beitrag zu ihrer persönlichen religiösen Orientierung und individuellen menschlichen Bildung wie auch aus dem Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule insgesamt mit seinen übergreifenden gesellschaftsbezogenen Aufgaben.“¹ Daraus ergibt sich, daß die Kirche in der Schullandschaft nicht nur deshalb vorkommt, weil sie sich sozusagen als Lobbyistin gegenüber dem Staat durchgesetzt hat. Nein, der Religionsunterricht wird in der Bildungsverantwortung der Schule selber und damit außerhalb des direkten Bereichs der Kirche verankert. Das ist theologisch nur sinnvoll auf dem Hintergrund eines Konzeptes von Volkskirche. Denn dies impliziert, daß die Bedeutung der Religion, die Bedeutung des Glaubens an Gott nicht nur für die Institution Kirche, sondern auch für den Staat von hohem Wert ist.

Aber die Kirche kommt auch auf dem Sektor der privaten Schulen vor. Sie sind vom Bundesverfassungsgericht deutlich gegen staatliche Monopolansprüche auf Schule bestätigt und schließlich auch im Hessischen Schulgesetz verankert worden. Auch an den privaten Schulen wird Religionsunterricht erteilt. Auch unsere Kirche unterhält mit staatlicher Unterstützung Schulen in ihrer Trägerschaft: das Laubach-Kolleg, das Alumnat in Rimbach und nicht zuletzt auch hier die Integrative Schule, zu deren Mitträgern die Französisch-reformierte Gemeinde gehört. Aber es ist auch deutlich: innerhalb der EKHN gibt es ein deutliches Defizit an kirchlich verantworteten Schulen gegenüber z.B. unserer katholischen Schwesterkirche, gegenüber der anthroposophischen Waldorfschulbewegung und gegenüber den freikirchlich organisierten Schulen, die meist mit Hilfe von Vereinen, die August-Hermann-Francke-Schulen unterhalten. Die Nachfrage nach solchen Schulen ist groß.

¹ Identität und Verständigung. Standort und Perspektiven des Religionsunterrichts in der Pluralität. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche, 1994, S. 36.

Indem ich die Situation als Defizit bezeichne, nehme ich eigentlich schon die Zielrichtung meines Vortrages vorweg. Ich bin der Meinung, daß die EKHN in der sich wandelnden Schullandschaft zu wenig exemplarische Modelle von Schulen betreibt, neben dem unverzichtbaren Religionsunterricht an staatlichen Schulen, der natürlich weiterhin das Zentrum unserer schulpolitischen Aktivitäten bleiben muß. Ich betone, diese Meinung soll Diskussionen anregen, Nachdenken provozieren. Meine Meinung ist nicht die beschlossene Politik der Kirchenleitung. Allerdings hat die Kirchenleitung sich beraten und eine Kommission beauftragt, das Projekt weiter zu bearbeiten.

Das von mir entworfene Bild der Schullandschaft ist aber, so wie ich es bisher beschrieben habe, in zwei Hinsichten unvollständig. Und diese beiden Hinsichten bilden im Grund die gedanklichen Pole meiner ganzen Überlegung.

Das Erste: Eine Landschaft fügt sich aus verschiedenen Sektoren zu einer Einheit, einem Gesamteindruck, dem Gesamteindruck „Landschaft“ zusammen. Der Gesamteindruck ist das Ergebnis eines ständigen Kommunikationsprozesses der verschiedenen Sektoren miteinander. Eine Landschaft, ihr Zustand, ihr Eindruck, verändert sich ständig. Landschaften leben, in ihnen wird gearbeitet, sie werden bearbeitet, in ihnen wächst es, blüht es und vergehen Dinge. Ein Wald wird abgeholzt, Häuser werden gebaut, anstelle von kleinen Einfamilienhäusern wachsen Hochhäuser, Lagerhallen entstehen. Das verändert den Gesamteindruck. Jeder Landschaftsteil muß im Zusammenhang mit dem Ganzen gesehen, d.h. sein Verhältnis zu den anderen Teilen muß bestimmt werden. So muß das Urteil über einen einzelnen Sektor der Schullandschaft auch im Zusammenhang mit und in dem ganzen Kommunikationszusammenhang mit den anderen Schultypen gesehen werden. Die Forderung nach einer Schule in kirchlicher Trägerschaft muß nicht nur das Profil einer christlichen Schule darstellen können, sondern auch das Verhältnis zu anderen Schultypen und die Gesamteinschätzung der Bildungs- und Kultursituation enthalten. Vor diesem Gesamtzusammenhang muß sich die Forderung nach Schulen in kirchlicher Trägerschaft bewähren, d. h. es gilt in der Forderung nach der Einrichtung von Schulen in kirchlicher Trägerschaft neu zu überdenken, daß es in der Diskussion um die Schule immer um mehr als die Schule geht. Es geht nämlich in ihr um das Profil und die Einbettung von Schule, und damit auch von Kirche in das Ganze der Gesellschaft.

Und das Zweite: Die Kirche kommt ja nicht nur als Institution im Verhältnis zu anderen Institutionen vor. Die Kirche ist in der Schule immer auch präsent in den evangelischen Lehrerinnen und Lehrern, die dort leben und arbeiten. Ich finde es eine Verengung der Fragestellung, wenn die Präsenz der Kirche in der Schullandschaft lediglich institutionell als institutionelle Präsenz gesehen wird. Nach unserem evangelischen Verständnis von Kirche, das auf dem allgemeinen Priestertum aller Glaubenden ruht, ist jede Christin und jeder Christ zum Zeugnis und Dienst berufen, und zwar an seinem Ort. An seinem Ort, wo er oder sie lebt und arbeitet. Die Reformation hat das allgemeine Priestertum ja nicht verstanden als sozusagen basisdemokratische Beteiligung von allen und jeden an der Leitung der Kirche, sondern das allgemeine Priestertum aller Gläubigen ist theologisch im Grunde die unmittelbare Teilhabe am **Zeugnisgeschehen** der Kirche von allen für alle. In dieser unmittelbaren Teilhabe am Zeugnisgeschehen gibt es keinen Unterschied zwischen allen Getauften. In diesem Zusammenhang sollen kirchliche Schulen einen Bildungsprozeß in Gang setzen und fördern, der Menschen dazu befähigt, ihr Christsein öffentlich in der Freiheit eines Christenmenschen zu leben. Kirchliche Schulen dienen dem Priestertum aller Glaubenden. Das aber wiederum heißt, die Bildungsverantwortung der Kirche übergreift die Schule, übergreift die Institution Kirche, weil sie dem Selbstverständnis und der Weltverantwortung der Christinnen und Christen dient.

Beide Hinsichten hat die Studie des Leitenden Geistlichen Amtes „Auftrag und Gestalt“² ebenso betont wie die von mir schon zitierte Denkschrift „Identität und Verständigung“. Man muß also auf der einen Seite die Frage nach dem Profil der Kirche in der Schullandschaft im Zusammenhang der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung sehen und zweitens die individuelle Verantwortung des einzelnen zum Zeugnis und Dienst in den Gesamtbildungsauftrag der Kirche hineinnehmen. Denn die einzelnen Christinnen und Christen können ihrem Zeugnisauftrag in und an der Welt ja nur dann hinreichend genügen, wenn sie dazu befähigt und ausgerüstet sind.

Die allgemeine Situation stellt sich mir in meinem, zugegeben kirchenpolitisch sicher etwas verengten, Blick so dar: In den meisten Bundesländern ist der kirchlich

² Vgl. Auftrag und Gestalt. Vom Spazwang zur Besserung der Kirche, 1995, S. 25 f.

verantwortete Religionsunterricht als staatliche Aufgabe geregelt und politisch nicht umstritten. So ist das auch in Hessen und auch in Rheinland-Pfalz, also in unserem Kirchengebiet. Das ist anders in den neuen Bundesländern, in Brandenburg und, wie man jetzt auch hört, in Nordrhein-Westfalen. Dort ist die Diskussion über den Religionsunterricht und seine Stellung in der Schule voll im Gang, obwohl in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen der Religionsunterricht selber verankert ist.

Wichtiger aber ist, daß unterhalb der Regierungsebene in der Bundesrepublik der konfessionell verantwortete Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach durchaus heftig in der Diskussion ist.

Die hessische FDP äußert sich immer wieder einmal kritisch zum Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, anders als die hessischen Grünen, die sich sehr klar für den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach ausgesprochen haben. Dies unterscheidet sie von ihrer Bundespartei. Diese reitet immer wieder einmal im Bundestag scharfe Attacken gegen den Religionsunterricht als öffentliches Lehrfach. Auch Teile der SPD auf Bundesebene wollen den Religionsunterricht als staatliche Aufgabe in der Verantwortung der Kirchen zumindest relativieren. Ich höre von unseren religionspädagogischen StudienleiterInnen und auch von der Schulabteilung der Kirchenverwaltung, was mir auch bei meinen eigenen Besuchen in den Schulen erzählt wird, daß personalpolitisch eine neue Generation von Schulleiterinnen und Schulleitern heranwächst, die den Kirchen und dem Religionsunterricht oft nicht mehr so positiv gegenüberstehen wie ihre Vorgängerinnen und Vorgänger. Zudem kommt hinzu, daß das neue hessische Schulgesetz den einzelnen Schulen sehr viel mehr Verantwortung zuschreibt für das, was an den Schulen unterrichtsmäßig und auch dann am Nachmittag geschieht als das vorher der Fall war. Die wohlwollende oder ablehnende Stellung des Schulleiters bzw. der Schulleiterin gegenüber dem Religionsunterricht gewinnt noch größere Bedeutung als früher. Das macht die Sache politisch schwierig, weil das politische Gegenüber der Kirchenleitung die Landesregierung ist. Die Landesregierung delegiert aber mehr und mehr Verantwortung für die Organisation des Religionsunterrichtes vor Ort in die Schulen. Und dort sind nicht immer die geeigneten Gesprächspartner zu finden. Es gibt offenbar eine Differenz zwischen der Regierungsebene, die den Religionsunterricht schützt, hält und organisatorisch unterstützt, und dem unterschwellig laufenden

politischen Diskussionsprozeß im Land. Da öffnet sich eine Schere und nach meinem Eindruck geht sie immer mehr auseinander.

Noch wichtiger als diese Beobachtung ist der Gesamteindruck der Schullandschaft in unserer sich wandelnden Gesellschaft. Dazu muß ich ein wenig ausholen. Luther und Melanchthon, dessen Geburtstag wir ja in diesem Jahr feiern, beide als Mitbetreiber der Moderne, hatten den Abschied von der Klosterschule gefordert und theologisch der weltlichen Schule in Deutschland den Boden bereitet. Luther hatte sehr deutlich gesehen, und Melanchthon steht ihm da überhaupt nicht nach, daß es der ganzen Gesellschaft nützt, wenn die Jugend gut ausgebildet wird. Diesen Zusammenhang zwischen Ausbildung der Jugend und der gesamten Gesellschaft sollten wir uns heute in der schwierigen Diskussion immer wieder neu noch einmal ins Gedächtnis rufen. Die Bildungsanstrengungen, die Investitionen in die gute Ausbildung unserer Jugend, nützen der ganzen Gesellschaft und nicht nur der Jugend. Luther meinte, ein Land werde unregierbar und ein Volk völlig orientierungslos und bindungsunfähig, wenn man die Kinder nicht mehr erzieht und ihnen kein Wissen und keine Werte mehr vermittelt.³ Für ihn war es damals doch klar, daß solche Schulen, wie er sie gefordert hat, christliche sein müssen. Denn die Alternative zu einer christlichen Schule stellte sich ihm nicht. Zwar unterschied die Zwei-Reiche-Lehre streng zwischen Kirche und Welt, faßte aber beide zusammen unter dem einen Gott, der in der Kirche sein Heilshandeln und in den Ordnungen der Welt seine Weltherrschaft ausübt. Es ist ein grobes Mißverständnis der Zwei-Reiche-Lehre, wenn man meint, Luther hätte eine Eigengesetzlichkeit der weltlichen Ordnungen propagiert. Nein, im Gegenteil. Auch die Welt steht unter der allgemeinen Herrschaft Gottes. Er übt sie nur in zwei verschiedenen Weisen aus.

Andere Länder als die Deutschen haben in ihren Traditionen aus der Entwicklung der Moderne andere Folgerungen gezogen als wir. Aus der Trennung von Staat und Kirche hat man z.B. in Frankreich und den Vereinigten Staaten laizistische Konsequenzen gezogen, d.h. die Trennlinie zwischen Staat und Kirche muß so scharf und klar gezogen werden, daß ein konfessionell verantworteter Religionsunterricht an einer staatlichen Schule überhaupt nicht in Frage kommt. Die Rückseite dieser Me-

³ Vgl.: An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, daß sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen, (1524), in: MüA, Bd. 5, S. 97 + 100.

daille ist ein blühendes kirchliches Schulwesen in Frankreich und in Amerika. Und man muß sehen, daß - zumindest in Frankreich - die Steuerungseliten alle aus Privatschulen und nicht aus staatlichen Schulen kommen. Das heißt, es kommt also sehr darauf an, wie man die gesellschaftliche Entwicklung, die wir in Deutschland durchmachen, beurteilt. Meine These ist: Auch unser Land steuert langsam, aber sicher auf einen laizistischen Staat zu. Im zusammenwachsenden Europa wird sich das französische und nicht das deutsche Modell der Art, wie Religion institutionalisiert wird, wie das Verhältnis von Staat und Kirche organisiert wird, durchsetzen. Ich kann mich irren, ich nehme diese Entwicklung aber an. Und ich glaube dafür auch Gründe zu haben.

Die Folge wäre, daß die sog. Großkirchen langsam aber sicher auf eine Minderheitensituation zugehen. Dies haben die ostdeutschen Gliedkirchen der EKD in aller Klarheit erkannt. Eine Arbeitsgruppe hat das in einer sehr aufschlußreichen Studie „Minderheit mit Zukunft“ auch dargelegt.

Wie komme ich zu meiner These, daß wir auf einen laizistischen Staat zusteuern? Die These ergibt sich aus der Analyse der Situation des Pluralismus, in dem wir jetzt schon leben. Der gesellschaftliche Pluralismus hat ja vier wesentliche Merkmale. Das erste Merkmal ist, daß eine Gesellschaft nicht mehr einheitlich von **einer** „Ideologie“, von **einer** Weltanschauung, von **einem** Wertekomplex getragen wird, sondern von mehreren, die gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Die Gesellschaft ist auch im Blick auf die Weltanschauungen ausdifferenziert. Sie ist kein einheitlicher Block mehr, sondern es gibt sehr viele verschiedene Segmente in dieser Gesellschaft. Zweitens: Eine pluralistische Gesellschaft braucht zu ihrem Funktionieren, also zum Zusammenspiel der verschiedenen einzelnen Regelsysteme oder Personen nur noch einen Minimalkonsens an Überzeugungen und Werten. Dieser reicht zu ihrem Funktionieren. Drittens: Pluralismus lebt von Markt und Konkurrenz. Das ist seine innere Dynamik. Und Viertens: Im Pluralismus sind die Menschen, die sich in ihrer Welt und in ihrem Leben orientieren wollen, zur Freiheit „verdammte“. Die Zeit ist vorbei, in der man innere Überzeugungen, Glaubensinhalte, Riten, Werte, Einstellungen, Lebensregeln, d.h. die Zusammenfassung aller Welt- und Wertvorstellungen und Denkprozesse, unbefragt überliefert bekam und fraglos übernommen hat. Im Grunde wählt man solche Lebenseinstellungen ja nicht, sondern man hat sie als Ergebnis von Bildungsprozessen. Die Ebene der Einstellungen liegt tiefer als die Ebene des rein kognitiven Denkens und liegt auch anders als die Ebene des

reinen Fühlens, tief eingebunden dort, wo das Alte Testament und mit ihm die Reformation das Personenzentrum des Menschen gesehen hat, im „Herzen“. Einstellungen zur Welt, zum Nächsten, zu seinem eigenen Schicksal, zu sich selbst, wählt man eigentlich nicht, sondern man **hat** sie. Im Pluralismus hat sich die Situation verändert, weil aus diesen Selbstverständlichkeiten Ergebnisse einer mehr oder weniger bewußten Wahl werden. Ich setze mir meine Lebensüberzeugungen selber zusammen, indem ich aus dem Angebot von vielen verschiedenen Lebensdeutungen mir die aussuche, die mir aus irgendwelchen Gründen genehm sind. Ich bekomme also meine Welteinstellung nicht in einem Bildungsprozeß überliefert und übernehme dies ungefragt, sondern ich setze mir meine Einstellungen selber zusammen. Bildung wird aus einem eher rezeptiv, passiven Prozeß zu einem aktiv konstruktiven Vorgang, der auf der Wahlfreiheit bezüglich der Inhalte beruht. Zu dieser Freiheit bin ich gezwungen: Würde ich das nicht wählen, hätte ich überhaupt keine Überzeugung. Diese vier Punkte: Ausdifferenzierung, Minimalkonsens, Markt und Konkurrenz und schließlich das Zur-Freiheit-verdammt-sein, sind die Grundprinzipien des Pluralismus, in denen wir alle leben.

Dieser gelebte Pluralismus wird auf lange Sicht einen laizistischen Staat zur Folge haben dann, wenn er sich voll entfaltet hat. Wenn das stimmt, dann ist die Frage nach der Bildungsleistung als Orientierungsleistung und Integrationsleistung der Schule und der Kirche in Deutschland auf ganz neue Art gestellt. Dieser neuen Fragestellung entgeht man auch dann nicht, wenn man vermeintlich verbrauchte christliche Integrationsmedien durch sogenannte humanistische ersetzt, auf die hin angeblich alle anderen Überzeugungen irgendwie zusammengefaßt werden können. Denn, so sagt man dann gerne, diese humanistischen Überzeugungen seien die eigentlichen Kerne aller ernstzunehmenden Religionen. Dieser Weg ist versperrt, wenn wir wirklich radikal pluralistisch denken. Denn der aufgeklärte Humanismus ist im Pluralismus ja auch nur noch eine unter vielen verschiedenen Wahlmöglichkeiten zur Deutung menschlicher Existenz. Und der Humanismus teilt das Schicksal der Religion. Die sog. Dialektik der Aufklärung proklamierte, daß in den Lagern von Auschwitz - wenn dort wirklich die Religion starb, was ich nicht glaube, - auch der aufgeklärte Humanismus und sein Hymnus auf den Menschen verstummt ist. Auch das Pathos der Brüderlichkeit der einen Menschheit, die Hoffnung auf das Gute in der einen unteilbaren Menschenvernunft, gar der einen Moralität, die die Gewissen verbindet, ist ja dort auch zerbrochen. Theodor W. Adorno und Max Horkheimer haben das einer Gesellschaft, die das nicht hören wollte, immer wieder

ins Gewissen geredet. Die Säkularisierung der Aufklärung hat eben nicht einfach ihre moralischen Inhalte aus der religiösen Gewandung herausgenommen und sie an die Gesellschaft, nun befreit vom religiösen Überbau, abgegeben. Max Weber ist darin Kantianer geblieben, daß er dies meinte: Kant hatte gemeint, den moralischen Kern der Religion freigelegt zu haben. Deshalb konnte der Philosoph auf Religion verzichten, weil er davon überzeugt war, die Religion sei im Grunde nichts anderes als die Einkleidung der natürlichen Moralität des natürlichen Menschen, der im Gewissen selbstverständlich teilhat an der allgemeinen göttlichen Moralität des Guten. Dieses Pathos des aufgeklärten Humanismus ist in den Lagern verglüht. Und dies trifft ihn mehr und anders als die christliche Religion, die die Sünde im Zentrum ihrer realistischen Anthropologie und Freiheitslehre hat. Aus diesen beiden Gründen kann man nicht einfach die christliche Gemeinschaftsschule gegen eine humanistische Gemeinschaftsschule austauschen und damit meinen, man hätte einen Fortschritt erreicht.

Wenn der Pluralismus sich voll verwirklicht, so hat das eine dramatische Folge. Wenn es stimmt, daß alle gesellschaftlichen Probleme irgendwann sowieso in der Schule landen, dann liegt vor uns nichts anderes als eine radikale Selbstaflösung der gegenwärtigen Schullandschaft. Wenn das gesamte Bildungswesen einem wirklich prinzipiellen Pluralismus unterzogen wird, dann muß das gesamte Bildungswissen, das ja nicht nur Information, sondern auch Orientierung vermittelt, sich neu begründen.

Zum Pluralismus gehört nämlich ein übergreifendes Integrations- und Verständigungserfordernis. Es muß etwas geben, das diese verschiedenen ausdifferenzierten Regelsysteme der Gesellschaft zusammenhält. Der Humanismus kann das auch nicht mehr leisten, wenn es die Religion nicht leistet. Aber wer leistet es dann? Und wie gelingt es? Wir befinden uns offenbar in einer sich so radikal wandelnden Schullandschaft, der nur eine „Pädagogik im Übergang“ entspricht.

Alle Übergänge machen Angst. Deshalb taufen wir Kinder, deshalb konfirmieren wir Jugendliche, deshalb heiraten wir rituell in der Kirche, deshalb beerdigen wir christlich und verscharren die Leichen nicht einfach. Alle Übergänge erzeugen Ängste. Und wenn wir eine „Pädagogik im Übergang“ haben, macht das auch gehörige Angst. Manchmal habe ich den Eindruck, diese Ängste sind nur allzu berechtigt.

Auf diese Angst gibt es zwei Reaktionsweisen. Die erste ist der Relativismus. Für ihn sind alle Wertorientierungen gleichberechtigt. Wir können nicht mehr sagen, welche wir für die bessere halten. Ich halte zumindest Teile des Brandenburgischen LER für so eine Reaktionsweise auf eine „Pädagogik im Übergang“. Denn dort nimmt der Staat die Wertauswahl und Wertproduktion selbst in die Hand und überläßt es den einzelnen, aus einem unverbindlichen Angebot von Wertorientierungen, die auszuwählen, die einen ansprechen, so wie im Supermarkt. Die zweite Reaktionsweise auf diese „Pädagogik im Übergang“ ist das, was ich Fundamentalismus nennen möchte. Beides, sowohl den prinzipiellen Relativismus wie den Fundamentalismus, halte ich mit N. Postman für das Ende der Erziehung.⁴ Der Fundamentalismus hat dabei eine merkwürdige Variante. Er nutzt den pluralistisch gegebenen Schulpluralismus, um den Pluralismus zu bekämpfen. Die Überzeugungen, die in den fundamentalistisch orientierten Schulen vermittelt werden, werden absolut gesetzt und keiner Wahlfreiheit, keiner Konkurrenz und keiner Kritik vor allen Dingen ausgesetzt. In den „August-Hermann-Francke-Schulen“ gibt es drei solcher absolut gesetzten Überzeugungen, nämlich das Verbot, die Bibel historisch-kritisch zu lesen, eine absolut einlinige Definition dessen, was Christsein ist und eine Vorstellung von pädagogischer Geschlossenheit, die mit der Vielfalt der möglichen Formen zu lernen und sein Christsein zu leben, nicht übereinstimmt. Ich halte beide Reaktionsweisen, sowohl den prinzipiellen Relativismus als auch den Fundamentalismus, in dieser Weise als dem christlichen Menschenbild nicht angemessen wie es der christliche Glaube sieht.

Das Bildungsziel, das wir in dieser Situation der „Pädagogik des Übergangs“ ansteuern sollten und könnten, müßte demgegenüber so aussehen, daß wir Menschen dazu befähigen, in dieser pluralistischen Situation als Christinnen und Christen bestehen zu können. Bestehen aber heißt die pluralistische Situation, die Welt zu akzeptieren als Welt Gottes und sie zugleich als veränderbar anzusehen. Bestehen können muß nicht affirmatives Verhalten sein, sondern das Bildungsziel präzisieren.

⁴

Vgl. N. Postman: Keine Götter mehr. Das Ende der Erziehung, 1995.

Es muß die Menschen zukunfts- und gegenwartsfähig machen. Fünf Punkte halte ich inhaltlich als Ziel solcher Bildungsprozesse für wichtig. Das Erste: Selbständigkeit und Freiheit halte ich für das wichtigste Bildungsziel in einer pädagogischen Situation des Übergangs. Beides setzt voraus, daß Menschen über ihre eigene Identität etwas wissen. Das heißt konkret für die Schule, daß es in bezug auf das Christsein um klare Konfessionalität geht: „Evangelisch aus gutem Grund.“ Natürlich gehört zu diesem Projekt der Selbstvergewisserung das Ziel der aktiv-gelebten Ökumene. Denn nur, wer sich selbst liebt, kann andere wirklich lieben. Das sagt uns nicht zuletzt die Psychologie, aber auch das Neue Testament. Nur wer sich selbst kennt und weiß, daß Selbsterfahrung und Selbstkenntnis ein Abenteuer der Seele und des Lebens sind, wird Freude daran haben, andere zu kennen und zu erkennen. Differenzerfahrungen stiften Identität. Das kann man am Modell Gottes sehen. Gott liebt diese Welt, d.h. Gott liebt das von ihm verschieden Andere, nämlich diese Welt in ihrer Gebrochenheit und in ihrer Schuld. Er liebt darin nicht sich selbst, sondern uns. Und diese Liebe Gottes macht uns zu Menschen, die selbstbewußt sind. Differenzerfahrung stiften Identität. Verschmelzungserfahrungen lösen Identität ja gerade auf. Das wertet solche Verschmelzungserfahrungen nicht ab. Sie sind und bleiben der Zauber der Liebe, die das Wunder möglich macht, augenblickshaft mit dem anderen Menschen zu verschmelzen und sich doch nicht zu verlieren, sondern zu gewinnen.

Durch die Betonung der Konfessionalität bestätigen und akzeptieren wir die pluralistische Welt und die pluralistische Schullandschaft. Man kann nicht einerseits von multikultureller Gesellschaft reden und andererseits die Konfessionalität des Christentums bekämpfen. Das ist absolut unlogisch. Konfessionalität im Pluralismus heißt ja gerade nicht, dem anderen sein Daseinsrecht bestreiten, sondern es ihm gerade ermöglichen. Die Konfessionalität begründet die pluralistisch unvermeidbare Konkurrenz, die dann lebenssteigernd ist, wenn sie dem anderen sein Lebensrecht nicht bestreitet, sondern mit ihm um das Beste wetteifert.

Das biblische Christentum jedenfalls hat sich dieser pluralistischen Konkurrenz - wir sehen das am Neuen Testament - unter eigentlich völlig aussichtslosen Bedingungen gestellt. Wir mit all' unseren Ressourcen und all' unserem Geld sind verzagt und wollen keinem anderen Menschen Mut machen, unsere Überzeugung als Lebensmöglichkeit auch für sich wenigstens zu erwägen. Nur ja nicht „missionieren“. Wir denken überhaupt nicht mehr daran, daß wir auch dazu auf der Welt sind, für

unsere Institution, für die Kirche Jesu Christi neue Mitglieder zu gewinnen. Wir sind auch konfessionell absolut defensiv, so als hätte unsere Kirche mit ihren synodalen Prinzipien, mit der endlich durchgesetzten und bei uns völlig selbstverständlich gewordenen Frauenordination, dem Laienkelch, mit dem Gedanken, daß Freiheit auch eine Gabe ist, nichts zu bieten. Also: Selbständigkeit, Freiheit setzen Wissen um eigene Identität voraus.

Damit hängt das Zweite zusammen. Unser Bildungsziel muß Toleranz sein. Toleranz heißt: Fähigkeit zur Akzeptanz des Fremden. Wenn man sagt, die Muslime sind uns gleich, dann achtet man in den Muslimen nur wieder sich selber. Das ist nicht tolerant. Die Muslime zu achten, deren Glaube sich von unserem unterscheidet, das ist tolerant. Lessings Ringparabel hat in dieser Hinsicht viel Unheil angerichtet, so richtig und wichtig sie in ihrer Zeit gewesen ist.

Es geht um Toleranz als Fähigkeit zur Akzeptanz des Fremden als fremd. Unser Bildungsziel sollte sein, Menschen dazu befähigen, mehrere Gesamtlebensentwürfe nebeneinander nicht nur zu akzeptieren, sondern sogar zu wollen.

Das Dritte hängt damit zusammen: Wenn wir das wirklich wollen, setzt das Kommunikationsfähigkeit als Bildungsziel voraus. Kommunikation übergreift aber nicht nur das Medium der Sprache, sondern des Umgangs miteinander.

Viertens sollten wir unser Augenmerk darauf lenken, daß Menschen ohne Vertrauen nicht leben können. Bildungsziel ist die Einübung in eine Lebensgestalt des Vertrauens, die nach Luthers Einsicht nicht ohne Beziehung auf Gott in ihrer Tiefendimension wahrgenommen werden kann.

Fünftens: Wenn man Kommunikationsfähigkeit und Vertrauen als Bildungsziel akzeptiert, muß man - trotz aller notwendigen Differenz über einen Schatz von gemeinsamen Erzählungen verfügen, die uns miteinander verbinden und uns möglich machen, über der gleichen Tradition unsere Verschiedenheiten zu akzeptieren.

Diese fünf Dinge als Angebot und nicht als Indoktrination halte ich für das entscheidende Bildungsprofil kirchlicher Schulen. Das Proprium von Schulen in kirchlicher Trägerschaft ist also nicht darin zu sehen, daß es morgens eine Andacht gibt. Das ist nichts Schlechtes - aber nicht das wichtigste. Auch ein kirchliches oder diakonisches Praktikum ist nicht das Proprium. Es geht vielmehr darum, Erfahrungen zu vermitteln, die in der jeweiligen Einrichtung als Ganzes wahrgenommen wer-

den. Zu den beispielhaften Leitvorstellungen des evangelischen Schulzentrums in Leipzig gehört: „Ernstmachen mit einer Bildung und Erziehung in der Freiheit und im Geiste Christi“, d.h. im ökumenischen Miteinander die Werte vorleben als Angebot, sichtbar im Schulleben, im geistlichen Leben und in einer ganzheitlichen Bildung.

Aus all' dem folgt: Solange die Volkskirche noch eine durch Mitgliedszahlen bestimmte Basis hat, darf sie verteidigt, bewahrt und verändernd gepflegt werden. Nur auf der Basis der Volkskirche hat der Religionsunterricht in konfessioneller Verantwortung, den ich verteidige und den ich schätze und liebe, als staatliche Aufgabe eine Legitimation. Aber die Volkskirche wird sich auf lange Sicht in eine „Weltanschauungsgemeinschaft“ neben vielen anderen verändern. Das wird das Ende des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen mit sich bringen. Da ein laizistischer, pluralistischer Staat der denkbaren Aufgabe, allen in der Gesellschaft existierenden Gesamtlebensentwürfen einen Raum in der Schule einzuräumen de facto überhaupt nicht nachkommen kann, muß die Kirche sich darauf einstellen, daß in Zukunft Schulen in kirchlicher Trägerschaft errichtet werden müssen und damit sollte sie schon jetzt modellhaft anfangen.

Schulen in kirchlicher Trägerschaft sollten errichtet werden, um in einer pluralistischen Gesellschaft Christinnen und Christen zu ermöglichen, ihren Glauben und ihr Wissen so zu entwickeln und bilden zu können, daß sie der komplexen Welt gewachsen sind. Die meisten Elternhäuser fallen als Sozialisationskerne für das Christsein leider aus. Darauf müssen wir reagieren, wenn uns an der Kontinuität des Protestantismus etwas gelegen ist und wir das, was mit ihm seit der Reformation weltgestaltend geworden ist, für wertvoll halten. Zweitens: Sie sollten Menschen dazu befähigen, dem Auftrag des Evangeliums, die Barmherzigkeit Gottes aller Welt zu verkündigen, nachzukommen. Im freien Konkurrenzgeschehen, der ganz verschiedenen Gesamtlebensentwürfe, soll es dem christlichen mit seiner Sicht von Ursprung, Verfassung und Bestimmung des Menschen und der Welt weiterhin möglich werden, diese christliche Sicht auch gesellschaftliche Wirklichkeit werden zu lassen.

Ein Beispiel: Im letzten Jahr hat Hans Koschnik, der frühere Bürgermeister aus Bremen, auf einer Tagung der Leitenden Geistlichen in der EKD als Bürgermeister von Mostar von seinen Erfahrungen in Mostar berichtet. Ich habe selten in meinem Leben so eindrucksvolle Dinge gehört. Er hat davon berichtet, daß er manche Situationen in der Diskussion und Auseinandersetzung mit den Kroaten und den Moslems nur dadurch bestanden hat, daß er einigermaßen bibel- und katechismusfest war. Auf die Frage, „Warum machen Sie das eigentlich, diesen lebensgefährlichen Job?“, hat er zwei Dinge geantwortet, die sich mir ganz tief ins Herz gegraben haben. „Ich bin ein politischer Mensch und wenn der Bundeskanzler mich fragt, ob ich diese Aufgabe übernehme, kann ich nicht nein sagen.“ Und: „Ich bin hier, weil ich Christ bin.“

Damit solche Menschen auch in Zukunft und auch in einem möglichen laizistischen Staat Europa Glauben, Leben und Welt gestalten können, brauchen wir unter sich ändernden gesellschaftlichen Voraussetzungen Schulen in kirchlicher Trägerschaft.